

Stellungnahme der FDP Billerbeck zum Haushalt 2017



Billerbeck, im März 2017

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
verehrte Ratskolleginnen- und Kollegen, liebe Gäste

Entgegen der ersten Planung und der mittelfristigen Finanzplanung kann für 2017 nun doch ein ausgeglichener Haushalt sogar mit einem kleinen Überschuss vorgelegt werden, der der Ausgleichsrücklage zugeführt wird. Das bewerten wir Liberalen äußerst positiv. Der mittelfristigen Finanzplanung ist zu entnehmen, dass auch in den kommenden Jahren viele unbekannte Faktoren dazu führen können, die Haushalte der kommenden Jahre nicht hinreichend planbar zu machen und auszugleichen. Das durch Ratsbeschluss manifestierte Ziel auch die kommenden Jahre einen ausgeglichenen Haushalt zu verabschieden darf aus der Sicht der Freien Demokraten auf keinen Fall gekippt werden.

Nach wie vor werden die Etatansätze des Haushalts der Stadt Billerbeck von vielen bundes- und landes- und kreispolitischen Rahmenbedingungen bestimmt, die es uns auch in Zukunft schwermachen werden, eine verlässliche Haushaltsplanung zu verabschieden. Als Beispiel nur einige Eckdaten dieser Politik, die in den Haushalt der Stadt Billerbeck massiv eingreifen:

Jährlich werden in dem Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) des Landes NRW die Parameter für die Ermittlung der Schlüsselzuweisungen neu festgelegt. Wie in den letzten Jahren wurden diese so gesetzt, dass die ländlichen Kommunen gegenüber den städtischen Ballungsgebieten benachteiligt werden. Billerbeck erhält seit drei Jahren keine Schlüsselzuweisungen mehr.

Auch in diesem Jahr wird die Stadt Billerbeck abundant bleiben und dadurch zur Solidaritätsumlage nach dem Stärkungspaktgesetz des Landes NRW herangezogen. Billerbeck erhält also nicht nur keine Schlüsselzuweisungen mehr und wird zudem auch noch mit der Solidaritätsumlage für ihre gute Wirtschaftspolitik in den letzten Jahren bestraft.

Unverständlich bleibt uns Freien Demokraten auch, dass das Land NRW die vom Bund erhaltene Integrationspauschale für Asylsuchende nicht an die Kommunen weiterleitet, obwohl in den Städten und Gemeinden die Integration geleistet wird. Wie soll bei einer solchen Flüchtlingspolitik des Landes die Integration gelingen?

Das Land NRW hat es trotz des Höchststandes an Steuereinnahmen nicht geschafft, den Kommunen eine ausreichend bemessene Basis zur Erfüllung der ihr übertragenen Aufgaben zu geben. Wir Liberalen sind daher der Meinung, das Land NRW hat ihr Ziel in diesem Punkt ebenfalls deutlich verfehlt.

Kommen wir nun zu den kommunal verursachten Defiziten im Billerbecker Etatentwurf, die hier nur beispielhaft aufgezählt sind.

Die anhaltend gute Konjunktur lässt die Gewerbesteuererinnahmen in Billerbeck weiter sprudeln. Umso mehr ist es uns Liberalen unverständlich, dass es bei derart guten Konjunkturdaten auch in Zukunft Probleme geben wird, den Haushalt auszugleichen.

Liegt es möglicher Weise daran, dass aufgrund der hohen Investitionen der Stadt Billerbeck im Bereich des sozialen Wohnungsbaus für die Zukunft weitere Haushaltslöcher geschaffen werden? Für uns stellt sich daher die Frage, ob der Bau von Sozialwohnungen tatsächlich originäre Aufgabe einer Kommune ist? Sollte sie nicht lieber, diese Aufgabe dem freien Markt überlassen? Jedenfalls würden in dem Fall die Aufwendungen für Unterhaltung und Bewirtschaftung nicht den Gemeindeetat belasten. Ein steigender Ansatz dieser Kosten im Haushalt 2016 hat mit dazu beigetragen, dass der Haushalt nicht ausgeglichen werden konnte. Und im Haushalt 2017 werden die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen nochmals um mehr als 50.000 € angehoben. Insgesamt sind diese Aufwendungen 2015 von 3,9 nach 2016 auf 5,13 Millionen € angehoben worden und sollen in 2017 5,18 Millionen € betragen.

Die Freien Demokraten in Billerbeck sind nach wie vor der Meinung, dass die Stadt einen viel zu großen Gebäudebestand unterhält und bei Reduzierung des Bestandes erhebliche Kosten für die Unterhaltung und Bewirtschaftung der Gebäude einsparen könnte. Die Stadt verfügt u. a. seit Jahrzehnten über vier Schulstandorte. Bei ständig sinkenden Schülerzahlen von 2004 mit 1363 Schülern bis 2016 mit 870 Schülern – also ein Minus von 493 Schülern – bei gleichem Gebäude- und Flächenbestand sollte man dringend darüber nachdenken, ob nicht ein Schulstandort geschlossen werden kann. Diese Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. Selbst die Bürgermeisterin hat in der letzten oder war es schon die vorletzte Haushaltsrede darauf hingewiesen, dass die Bedarfsflächen für die Schulen dringend untersucht werden müssen. Nichts dergleichen ist geschehen. Das hätte längst erledigt sein können. Das Verfahren zur Suche nach dem Standort für einen Drogeriemarkt im Innenstadtbereich hätte zumindest deutlich beschleunigt werden können, wenn Klarheit darüber bestanden hätte, ob einer der beiden Grundschulstandorte für die Ansiedlung in Frage kommt. Die SPD sprach im letzten Wahlkampf davon, man suche nach Flächen für einen Innenstadtanker, hat dazu aber keine weiteren Vorschläge gemacht, will aber die beiden Grundschulstandorte unbedingt erhalten. Sie erhält dabei die Unterstützung von den Grünen, wie der Presse zu entnehmen war. Die CDU favorisiert jetzt das Gelände der Ludgerie-Grundschule, muss sich aber gefallen lassen, dass sie nichts dafür getan hat – ja sogar mit verhindert hat – dass ein Raumbedarfsplan für die Schulen aufgestellt wird. Erst jetzt, wo sie einen alten Vorschlag der FDP aufgegriffen hat und diesen zum eigenen Vorschlag macht, stellt man fest, dass ein solcher Bedarfsplan aufgestellt werden muss. Wir Freien Demokraten können dazu lediglich feststellen, dass wertvolle Zeit verstrichen ist. Die öffentlich ausgetragene Diskussion über einen Drogeriemarkt in der Innenstadt wäre längst erledigt, wenn alle Parteien an einem Strang gezogen hätten und nicht jeder sein eigenes Süppchen gelöffelt hätte.

Wie war das noch mit den guten Vorsätzen, die nicht nur die FDP in den vergangenen Jahren mit Blick auf die demografische Entwicklung immer wieder gefordert hat und die von Verwaltung und der Bürgermeisterin standhaft abgeblockt wurden? Ein Kennzahlenvergleich mit anderen Kommunen hat Defizite der Verwaltung bestätigt. Es ist nun endlich an der Zeit, die Verwaltung zu evaluieren.

Die FDP hält nach wie vor an der Einrichtung eines Bürgerbüros im Erdgeschoss des Rathauses fest, um allen Billerbecker Bürgern einen barrierefreien Zugang zu den Dienstleistungen der Verwaltung zu verschaffen.

Gern wiederhole ich an dieser Stelle das in den vergangenen Jahren gesagte. Die nachstehenden Punkte passen zu den verpassten Chancen der vergangenen Jahre:

Verwaltung und Politik müssen Strategien entwickeln, um die Leistungsfähigkeit der Stadt nachhaltig zu stärken. Wir Liberalen setzen uns daher weiter für ein Stadtentwicklungskonzept ein, in dem langfristige Ziele der Stadt verankert werden. Stadtentwicklung nur mit einem Einzelhandelskonzept und dem Integrierten Handlungskonzept zu betreiben hat in der Vergangenheit nicht funktioniert und wird uns auch in Zukunft nicht weiterbringen. Das bislang vergebliche Bemühen um die Ansiedlung eines Drogeriemarktes bestätigt uns in dieser Annahme. Wir müssen endlich Standorte im Innenstadtbereich lokalisieren.

Auch bei der Gemeinschaftsschule sieht die FDP dringenden Handlungsbedarf. Sie ist fünfzünftig gestartet und ist nach den aktuell 42 Anmeldungen für 2017 nur noch zweizünftig. Offensichtlich ist den Billerbeckern diese versuchsweise eingeführte Beschulung der Kinder nicht zu vermitteln. Es muss daher dringend überlegt werden, ob und wann das Experiment in eine Regelschule überführt werden kann. Die Bezirksregierung jedenfalls hat die Beendigung des Schulversuchs und die Überleitung in eine Sekundarschule schriftlich angekündigt. Damit eine weiterführende Schule in Billerbeck erhalten werden kann, sollten endlich Gespräche mit den Nachbarkommunen geführt werden.

Und dann geisterte jüngst noch eine Meldung wegen der fehlenden Anbindung des Gewerbegebietes an das schnelle Internet durch die Presse. Wir Liberalen sind der Meinung, dass bei der Erschließung von Gewerbe- und Wohngebieten, schnelles Internet zum Erschließungskonzept wie Gas- Strom- und Wasser gehört.

Die Aussichten für die nächsten Jahre lassen aufgrund der mittelfristigen Finanzplanung eine Verbesserung der Finanzlage der Stadt Billerbeck wegen der vielen Unwägbarkeiten der Landes- und Bundespolitik nicht erwarten. Ziel muss es bleiben, die Entschuldung der Stadt weiter voran zu treiben und dabei ausgeglichene Haushalte vorzulegen.

Die Liberalen stimmen dem vorgelegten Haushalt 2017 zu.

Zum Schluss möchte ich Frau Lammers und ihrem Team den Dank der Liberalen aussprechen, dass sie den umfangreichen Etatentwurf erstklassig und für alle verständlich auf dem Weg gebracht.

Herzlichen Dank für ihre Aufmerksamkeit.

Frank Wieland

FDP Billerbeck